

Herdecke – Witten – Düsseldorf und zurück 10/2018



Liebe Leserin, lieber Leser,

ein zu uns geflüchteter Mensch ist vor einigen Wochen in der JVA Kleve ums Leben gekommen. Ein Mensch, der aufgrund einer Verwechslung zu Unrecht festgehalten wurde – eine Erfahrung, vor der sich wahrscheinlich die meisten Menschen fürchten. Noch immer werden neue Details bekannt: Der Verstorbene hat noch um Hilfe gerufen, obwohl zuvor ein Suizid unterstellt wurde. Seine Familie hat erst Tage später von seinem Tod erfahren, als sie die Polizeiwache aufsuchte. Bereits im Juli hat er beteuert, dass er aus Syrien stamme und nicht aus Mali, wie der Verdächtige, mit dem er verwechselt wurde. Die Schreibweise seines Namens, sein Geburtsort und sein Geburtsdatum belegen dies, so dass Zweifel an seiner Identität auch durch die ermittelnde Staatsanwaltschaft Hamburg an die Behörden in NRW herangetragen wurden. Es gibt viele offene Fragen und Widersprüche, die CDU-Justizminister Biesenbach bislang nicht aufgeklärt hat und deren Aufklärung wir als Opposition nachdrücklich fordern.

Auch der Hambacher Forst hat den Landtag beschäftigt, durchaus kontrovers und mit einer großen Bandbreite an Positionen. Der Kohleausstieg ist richtig und muss vorangetrieben werden, allerdings geordnet. Damit meine ich, dass die Zukunft der Beschäftigten nicht ignoriert werden darf und auch Teil der verständlichen und berechtigten Diskussion sein muss. Die Grünen machen sich diesbezüglich einen schlanken Fuß und Ministerpräsident Laschet samt Regierung fällt nur durch Konzeptionslosigkeit auf und einen in meinen Augen unverhältnismäßigen Polizeieinsatz noch vor Sitzung der Kohlekommission auf Bundesebene. Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb einen Antrag vorgelegt, der Gestaltungsmöglichkeiten für den Strukturwandel im rheinischen Revier aufzeigt.

Glück auf, Ihre Nadja Büteführ

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Lehrerbesoldung Für die SPD-Landtagsfraktion steht die Reform der Lehrerausbildung in logischem Zusammenhang mit der Anpassung der Lehrerbesoldung. Aus diesem Grund haben wir dem Landtag einen [Gesetzentwurf](#) mit dem Titel „Gesetz über Gleichen Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbesoldung an ihre Ausbildung (Lehrerbesoldungsgleichstellungsgesetz)“ vorgelegt, der dafür die Voraussetzungen schaffen soll. Mit dem 2009 in Kraft getretenen neuen Lehrerausbildungsgesetz durchlaufen alle Lehramtsanwärterinnen und -anwärter die gleiche und gleich lange universitäre Ausbildung. Dies ist für uns Ausgangspunkt für unsere Forderung nach einer gleichen Besoldung für alle Lehrkräfte – unabhängig von der Schulform. Die ausstehende Reform der Besoldung hat zu einem Ungleichgewicht bei der Berufswahl der angehenden Lehrerinnen und Lehrer geführt, da die Mehrzahl eine Anstellung in der höchst besoldeten Schulform, nämlich mit A 13 anstrebt. Dieses Besoldungsverfahren unterstützt jedoch einen schulspezifischen Lehrermangel in den Schulformen der Grund-, Haupt- und Realschule. Eine gleichmäßige Versorgung von Lehrkräften über alle Schulformen hinweg kann nur über eine gleiche Besoldung gesteuert werden. Bundesländer wie Brandenburg und Berlin haben das erkannt und gehen diesen Schritt: Ab 2019 wird die Besoldung der Grundschullehrer auf A 13 angehoben, um dem Lehrermangel entgegenzuwirken. Unser Gesetzentwurf wurde einstimmig an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen und wird dort weiter beraten.



Demokratiefördergesetz Ebenfalls auf der Tagesordnung der letzten Plenarsitzung stand unser [Antrag](#) „Demokratiefördergesetz 2.0 – Demokratinnen und Demokraten brauchen kontinuierliche Demokratieförderung!“. Wir fordern darin unter anderem Maßnahmen zur Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung und weiterer politischer Bildungsträger, die Fortführung des integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus und mehr Raum für das Thema Demokratiebildung in den Bildungseinrichtungen beginnend bei der frühkindlichen Bildung. Selbstverständliche demokratische Prinzipien in diesem Staat wie die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit unserer Gerichte und die Achtung der Menschenrechte verlieren nicht nur in der politischen Diskussion, sondern auch in einem immer größeren Teil der Gesellschaft an Rückhalt und Akzeptanz. Bereits im September 2017 hatten wir einen entsprechenden Antrag erstmalig auf den Weg gebracht. Auch in der darauffolgenden Expertenanhörung fand dieser Antrag viel Unterstützung, jedoch nicht bei der CDU, die in der anschließenden Plenardebatte die Ansicht vertrat, dass ein solches Gesetz nicht notwendig sei. Es bleibt abzuwarten, wie sich CDU und FDP dieses Mal bei der anstehenden Diskussion unseres Antrags im Hauptausschuss

verhalten. Mit Blick auf die Ereignisse, die seit dem vergangenen Jahr die Demokratinnen und Demokraten in diesem Land zunehmend besorgen und aus Solidarität auf die Straße gehen lassen, muss gerade im Bereich der Demokratieförderung sehr viel mehr getan werden.

Drohenden Ausbaustopp verhindern – Kommunen bei der Schaffung von Kita-Plätzen nicht im Regen stehen lassen

Der Bedarf an Kita-Plätzen steigt in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich an, jedoch sind die Fördertöpfe für den Platzausbau mittlerweile leer. In vielen Kommunen ist der Ausbau vor Ort deshalb akut gefährdet, da sämtliche zur Verfügung stehenden Fördermittel noch aus der Zeit der SPD-geführten



Vorgängerregierung stammen. Das Versprechen von FDP-Familienminister Stamp, im Bedarfsfall mehr Geld bereitzustellen, erweist sich mittlerweile als ebenso leer wie die oben angesprochenen Fördertöpfe: Im Entwurf des Landeshaushalts für 2019 sind keinerlei Investitionsmittel für den Kita-Ausbau vorgesehen. Kürzlich haben die Jugendämter einiger Kommunen gemeinsam mit den dortigen Kita-Trägern einen Brandbrief an den Minister geschrieben. Dort heißt es: „Wir haben uns bislang auf die Aussagen von Ihnen, Herrn Minister Stamp, verlassen, dass das Land die Kommunen bei Bedarf unterstützen wird. Dieser Bedarf liegt vor!“ Die SPD-Landtagsfraktion hat in der vergangenen Plenarwoche mindestens 200 Millionen Euro für den Platzausbau [beantragt](#), um den drohenden Stopp beim Kita-Ausbau zu verhindern. Diese Mittel sind dringend erforderlich. Im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, in den unser Antrag einstimmig überwiesen wurde, können CDU und FDP zeigen, ob sie die Hilferufe der Kommunen endlich ernst nehmen. Alles andere würde den Verdacht nähren, dass es sich bei ihrer Verweigerung nur um eine zynische Verhandlungstaktik bei den stockenden Gesprächen mit den Kommunen über ein neues Kita-Gesetz handelt. (Foto: pixabay.com)

Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes Ein Lieblingsthema von CDU und FDP war in der letzten Legislaturperiode die sogenannte Integrationspauschale: Finanzmittel des Bundes für die Integration von in NRW lebenden Menschen. Beide Fraktionen, damals noch in der Opposition, warfen der rot-grünen Landesregierung kontinuierlich vor, die Mittel nicht oder nicht in ausreichender Höhe an die Kommunen weiterzuleiten. Das Thema war der CDU so wichtig, dass sie nicht nur in einem Antrag an den Landtag in 2016 die vollständige Weiterleitung der Pauschale an die Kommunen forderte, sondern auch in ihrem Wahlprogramm die zwingende Weiterleitung der Integrationspauschale an die Kommunen ohne Umwege oder Kürzungen zusicherte. In dem nun vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes, das genau diesen Aspekt regelt, ist davon nichts mehr zu lesen. Von den 434 Millionen Euro, die durch den Bund zur Verfügung gestellt werden, leitet die Landesregierung lediglich 100 Millionen Euro an die Kommunen weiter – also einen Bruchteil dessen, was die Fraktionen der Mitte-Rechts-Koalition ursprünglich selbst gefordert haben. In einer Anhörung machten

Sachverständige deutlich, dass sie diesen Anteil für viel zu gering halten. Es muss gewährleistet werden, dass den Kommunen bei ihrer Integrationsarbeit Unterstützung zukommt, denn Integration wird dort geleistet, wo die Menschen zusammenleben – vor Ort, in den Städten und Gemeinden in NRW. Die SPD-Landtagsfraktion hält die Höhe der weitergeleiteten Mittel für zu gering und hat den Gesetzentwurf aus diesem Grund abgelehnt.

Straßenausbaubeiträge abschaffen – Bürgerinnen und Bürger entlasten Auf unserer Klausurtagung in Brühl haben wir einen Gesetzentwurf beschlossen, der die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorsieht. Dadurch würden Tausende Bürgerinnen und Bürger in unserem Land entlastet werden. Die Gebührenbescheide stellen viele von ihnen vor existenzielle Probleme, da wollen wir helfen. Für keine Gemeinde und für keine Stadt entstehen zusätzliche Kosten, denn nach unserem Vorschlag übernimmt das Land diese. Die Straßenausbaubeiträge sind in erhebliche Kritik geraten, da die Beitragsbelastungen für die betroffenen Grundstückseigentümer im Einzelfall sehr hoch sind und bis in den vier- oder sogar fünfstelligen Bereich reichen können. Diese hohen Beitragsforderungen bringen viele Beitragspflichtige in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Dies setzt wiederum die erhebenden Kommunen zunehmend unter Druck. In den letzten Jahren ist es in diesem Zusammenhang zu einer steigenden Zahl von Rechtsbehelfsverfahren gekommen. Auch die Möglichkeiten von Stundung und Ratenzahlungen können die dargestellte Problematik der starken finanziellen Belastung von Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern nicht beseitigen. Die derzeitige Rechtslage berücksichtigt nicht die persönliche oder wirtschaftliche Situation der Bürgerinnen und Bürger.

Das Rheinische Revier fördern Der Hambacher Forst hat selbstverständlich auch den Landtag in der vergangenen Plenarwoche beschäftigt. Neben dem zu erwartenden politischen Schlagabtausch ging es aber auch um die dringend notwendige Perspektive für das Rheinische Revier. Unser Antrag „Das Rheinische Revier muss Sonderfördergebiet werden, um den Braunkohlen-Strukturwandel erfolgreich gestalten zu können“ sieht eine Chance für das Revier in der sogenannten Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, GRW. Die GRW eröffnet wichtige Fördermöglichkeiten für ausgewählte strukturschwache Regionen. Während beispielsweise die Braunkohlereviere in den neuen Bundesländern, aber auch die beiden ehemaligen Steinkohlereviere im Kreis Heinsberg und der Städteregion Aachen mittlerweile Zugang zu dieser Förderkulisse haben, kann das Rheinische Revier mit den betroffenen Kommunen keine Förderung aus diesem Programm erhalten. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, sich dafür einzusetzen, dass das Rheinische Revier ebenso die Voraussetzungen für einen Zugang zu den GRW-



Förderprogrammen erhält. Unser [Antrag](#) wurde einstimmig an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung überwiesen und wird dort weiter beraten.

Was der AfD wichtig ist In ihrem [Antrag](#) „Duldung des Kirchenasyls in Deutschland beenden – Vereinbarung zwischen dem BAMF und der evangelischen bzw. katholischen Kirche aufkündigen“ skizziert die AfD einen wiederholten Rechtsbruch von Kirchen und Geflüchteten durch Ausnutzung der Möglichkeit des Kirchenasyls. Sie fordert dessen Abschaffung. Es stimmt, dass es einige wenige Fälle gibt, in denen die Kirche Geflüchteten Asyl gewährt – derzeit auch in einer Kirche in Witten. Kirchenasyl wird nicht leichtfertig gewährt und ist stets die letzte Möglichkeit, um eine drohende Abschiebung aufgrund einer fehlerhaften Entscheidung über einen Asylantrag zu verhindern. Davon konnte ich mich im Wittener Fall persönlich überzeugen.

Auch mit ihrem Antrag „Sexuell übertragbare Infektionen in Nordrhein-Westfalen bekämpfen – Meldepflichten einführen!“ hat die AfD mal wieder versucht, dem Landtag eine unnötige Diskussion aufzudrängen. Beim letzten Mal ging es an dieser Stelle um die statistische Erfassung von Schwangerschaftsabbrüchen. Unnötig deshalb, weil eine vorangegangene Expertenanhörung im Landtag zu dem Schluss gekommen ist, dass Prophylaxe der Schlüssel zur Verminderung und zur Vermeidung entsprechender Infektionen ist und nicht eine Dokumentations- und Meldepflicht, wie es die AfD fordert.

Herdecke — Witten

Kita „Am Ledderken“ Ganz schön bunt ist die neue AWO-Kita „Am Ledderken“ geworden, die vor kurzem eröffnet wurde. In Witten ist es bereits die neunte Kita in AWO-Trägerschaft. Aktuell werden dort 92 Kinder betreut. Dennoch fehlen nicht nur in Witten, sondern landesweit Kitaplätze, denn trotz sprudelnder Steuereinnahmen nimmt die aktuelle Landesregierung keine zusätzlichen Gelder in die Hand, um den gestiegenen Bedarf zu decken.



ZWAR-Netzwerk Zwischen Arbeit und Ruhestand – diese Zeit ist für die meisten Menschen mit Umbrüchen verbunden. In vielen Städten NRW, darunter auch Herdecke, hat sich mit Unterstützung der ZWAR-Zentralstelle in Dortmund ein Netzwerk gebildet, das für Menschen ab 55 Jahren vielfältige Angebote und gemeinsame Aktivitäten vorhält. Finanzielle Grundlage dafür ist der „Masterplan altengerechte Quartiere“ der ehemaligen SPD-geführten Landesregierung, durch den seit 2016 Projekte und Initiativen in den Kommunen gefördert werden, die sich mit den Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter beschäftigen und diese verbessern. Wie kürzlich bekannt wurde, plant die neue Landesregierung, die Förderung einzustellen. Entgegen der ursprünglich kolportierten Information, soll die Förderung allerdings nicht bereits in diesem

Jahr auslaufen. Nach Aussagen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales scheint die Finanzierung der Zentralstelle in Dortmund für ein weiteres Jahr gesichert. Dies deckt sich auch mit meinen Informationen aus dem Umkreis der Regionalstelle. Laut Schreiben von Anfang Oktober beabsichtigt das Ministerium, durch Umstrukturierungsmaßnahmen die Förderung zumindest bis Ende 2019 zu gewährleisten. Die Frage, mit der ich CDU-Sozialminister Karl-Josef Laumann in der Ausschusssitzung in Düsseldorf gerne konfrontiert hätte, lautet natürlich: „Welches Ziel soll eine Umstrukturierungsmaßnahme haben, wenn ohnehin feststeht, dass das Angebot eingestellt wird?“ Leider wurde dieser Tagesordnungspunkt nicht intensiv diskutiert. Das Ministerium vertritt außerdem die Auffassung, dass hier durch Landesmittel Leistungen finanziert werden, die eigentlich in den Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge fallen und somit Aufgabe der Kommunen sind. Ich bezweifle jedoch, dass eine Stadt wie Herdecke angesichts der angespannten Haushaltslage die Unterstützung der ZWAR-Initiative vor Ort überhaupt leisten kann. Diese Argumentation ignoriert zudem die Situation und die berufliche Perspektive der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Dortmund. Für mich ist das Vorgehen der Landesregierung nicht nachvollziehbar.

Heimatsförderung vor Ort Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen hat vor einigen Wochen ein Landesförderungsprogramm zum Thema „Heimat“ aufgestellt. Bis 2022 will die Landesregierung über fünf Förderelemente die Gestaltung der Heimat vor Ort, in Städten und Gemeinden und in den Regionen fördern. Dabei sollen rund 150 Millionen Euro für die Gestaltung von Heimat zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgestaltung soll bürokratiearm erfolgen. In Nordrhein-Westfalen sind etwa 160.000 Mitglieder in etwa 900 Heimatvereinen organisiert. Darüber hinaus gibt es weitere Organisationen (etwa Stiftungen), die das kulturelle und soziale Erbe bewahren und für die Zukunft gestalten. Auch bei uns in Herdecke und Witten gibt es verschiedene Vereine und Einrichtungen, die sich um die Bewahrung von Brauchtum und Tradition bemühen oder ganz wesentlich zur Identität in unserer Heimat beitragen.

Das Heimatsförderungsprogramm des Landes eignet sich gut, um gerade als Heimat-Akteur oder Heimat-Akteurin kleine, aber auch große Projekte zu realisieren und vielleicht den Begriff der „Heimat“ im urbanen sowie im ländlichen Raum neu zu definieren und zu besetzen. Es ist auch eine Chance, mit Menschen über die Situation vor Ort und ihr Konzept von Heimat ins Gespräch zu kommen. Mehr Informationen sind bei Interesse in meinem Büro oder auf der [Website](#) des Ministeriums erhältlich.

Impressum

Dr. Nadja Bütetuehr MdL

Annenstr. 8
58453 Witten
02302 1767680
nadja.buetefuehr@landtag.nrw.de

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
0211 8842292
www.nadja-buetefuehr.de